

V0620/22

Ergänzungsantrag zum Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.07.2022 - Mittelschule am Auqraben - Konsequenzen bei Scheitern des Ratsbegehrens
-Ergänzungsantrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 04.07.2022-

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 07.07.2022

Der Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN V0604/22, der Antrag der Verwaltung V0619/22 und der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe V0620/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Herr Engert verweist auf die zwei Dringlichkeitsanträge. Die Anfrage im Hinblick auf die Konsequenzen habe Herr Engert bereits beantwortet. Es gehe darum, dass eine Containeranlage in der Größe einer Mittelschule mit einer Hauptnutzfläche von ca. 3.500 Quadratmetern benötigt werde. Da kein zeitlicher Rahmen absehbar sei, müsse die Containeranlage erworben werden. Ein genauer Standort dafür sei derzeit nicht bekannt. Auch sei fraglich, ob dies Teil des Bürgerbegehrens sei und müsse insofern rechtlich geprüft werden. Es sei aber auch nicht im Sinne des Bürgerentscheids, wenn die Fläche mit einer Containeranlage zugebaut werde. Es werde mit Kosten von bis zu 30 Mio. Euro für die Containeranlage ausgegangen, welche ohne Zuschuss errichtet werden müsse. Dies bedeute, dass man diese Containeranlage ohne Zuschuss errichte und wenn die Schule gebaut werde, nochmals Kosten auf die Stadt zukommen. Dies sei für den städtischen Haushalt eine schwierige Situation. Auch die Unterrichtung der Schüler in Containern sei eine sehr unglückliche Situation.

Dieser Ausschuss müsse sich schon mit den Konsequenzen eines Scheiterns des Ratsbegehrens beschäftigen, so Stadträtin Leininger. Sie zeigt sich erfreut über die detaillierte Antwort der Verwaltung. Hier sei erschöpfend dargestellt, was es für die Schüler, Eltern und Lehrer bedeute, wenn das Ratsbegehren scheitere. Gerade die Politiker seien dazu verpflichtet, sich über diese Konsequenz klar zu werden und in der nötigen Art und Weise zu kommunizieren. Stadträtin Leininger betont, dass dort kein riesiger Schulbau entstehe. Eine Containeranlage sei nach ihren Worten eine schmerzhaft Situation und ein echtes Versagen, denn dadurch könne man der Verantwortung der jungen Generation gegenüber nicht gerecht werden. Die Kosten trage komplett die Kommune ohne eine Förderung. Ihres Erachtens seien die Argumente zum Schutz des Grünrings hier nicht richtig.

Stadtrat Over bittet um eine objektive Betrachtung seiner Ausführungen. Er wisse nicht ob es sinnvoll sei, wenn diese Containeranlage bei Scheitern des Ratsbegehrens auf der gleichen Fläche aufgestellt werden. Er fragt nach, ob der ödp-Antrag bis zur Stadtratssitzung beantwortet werden könne.

Herr Engert verweist auf den kurzfristigen Eingang des Ergänzungsantrages. Da es sich um sehr detaillierte Fragen handelt, bedürfe die Beantwortung einer gewissen Zeit. Er sichert die Beantwortung der Punkte bis zum Stadtrat zu, welche zeitnah beantwortet werden können.

Nach Worten von Stadtrat Reibenspieß werde es eine kleine Mittelschule mit 700 Schülern nie geben, denn man werde hier der pädagogischen Arbeit nicht gerecht.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf das beschlossene Mittelschulkonzept, welches bestimmte Schulgrößen vorsehe. Insofern sei das pädagogische Konzept durchdacht.

Zu den Zahlen merkt Herr Engert an, dass die Schule von der Prognose her für 580 Schüler ausgelegt sei. Es sei bekannt, dass es bei Schülerzahlen immer wieder zu Verschiebungen kommen könne. Insofern werde die Schule so gebaut, dass man bis zu 660 Schüler aufnehmen könne. Diese Schulgröße sei auch für eine Mittelschule vertretbar und überschaubar. Wenn den Schülern ein sinnvolles Bildungsangebot gemacht werden solle, benötige man eine Mittelschule in einer bestimmten Größe. Weiter verweist er auf die Aussage, dass die Stadt München nur kleine Schulen baue. München habe einige kleiner ältere Mittelschulen, welche im Verbund arbeiten. München habe nochmals mitgeteilt, dass dies eine absolute pädagogische Notlösung sei, welche nicht gut funktioniere.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen dies zur Kenntnis.